



Mitte-Nationalrat Christian Lohr fordert Alain Berset auf, der Invalidenversicherung das nötige Interesse entgegenzubringen. Foto: Keystone

## Bersets Mühen mit der Invalidenversicherung

**Kritik am Sozialminister** Die IV hat mit einer Sparmassnahme grosse Empörung ausgelöst. Bürgerliche Politiker werfen SP-Bundesrat Alain Berset Desinteresse am Dossier vor.

**Markus Brotschi**

«Beschämend», «unsensibel», «eklatante Fehlleistung»: So kommentieren Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Couleur die jüngste Sparübung der Invalidenversicherung (IV). Diesmal traf es Familien mit schwerbehinderten Kindern, für die Eltern plötzlich Hunderte Franken im Monat für medizinisch lebenswichtige Geräte selber bezahlen mussten.

Zwar hat das zuständige Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) aufgrund des Berichts der «NZZ am Sonntag» und empörter Reaktionen mitgeteilt, die IV werde die vollen Kosten für die Geräte in einer Übergangsphase weiterhin vergüten. Obwohl das BSV die Neuregelung nochmals überprüfe, bleibe aber die Befürchtung, dass die Eltern nach der Übergangszeit auf hohen Kosten sitzen bleiben, sagt Alex Fischer von der Behindertenorganisation Procap.

Einmal mehr wirft das Vorgehen der IV Fragen auf. «Wieso änderte die IV die Regeln für die Vergütung medizinischer Geräte für Kinder mit Geburtsgebrechen, ohne zuvor die finanziellen Folgen für betroffene Eltern zu bedenken?», fragt Fischer. Das BSV übernahm für die IV die Liste für medizinische Geräte aus der Krankenversicherung, eine Liste, die in erster Linie auf Erwachsenenmedizin ausgerichtet ist. Das hat zur Folge, dass die Kosten für einzelne Geräte und Serviceleistungen für Kinder in einigen Fällen nicht mehr durch die IV gedeckt sind.

SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer bezeichnet das Vorgehen des BSV als «unsensibel». Zwar stehe hinter dem Entscheid die

Absicht, die überhöhten Preise für medizinische Geräte zu drücken. «Doch darf dies nicht auf Kosten von behinderten Kindern und ihren Familien geschehen», sagt Meyer. Sie sei erleichtert, dass das BSV und der zuständige Departementschef bereit seien, eine andere Lösung zu suchen.

### Bürgerliche vermissen Bersets Führung

Meyers Kritik ist bemerkenswert. Denn sie richtet sich im Grunde nicht nur gegen das BSV, sondern auch gegen dessen politischen Vorgesetzten: Bundespräsident Alain Berset, der wie Meyer der Sozialdemokratischen Partei angehört. Es ist nicht das erste Mal, dass Bersets Umgang mit der IV im Bundeshaus für Irritation sorgt. Seit bald zwölf Jahren ist der Freiburger nun für das Dossier zuständig – doch anders als etwa bei der Altersvorsorge oder dem Gesundheitswesen begegnet Berset der IV, so sehen es Beobachter, mit Desinteresse.

Deutlich werden vor allem bürgerliche Parlamentarier. Sie vermissen die politische Führung Bersets, wenn es um die IV geht. Anders seien gewisse Entscheidungen und Praktiken nicht zu erklären. Zu diesen Praktiken gehört die Methode zur Berechnung des Rentenanspruchs (des IV-Grades), die seit Jahren in der Kritik steht. Die IV nimmt für eingeschränkt arbeitsfähige Menschen teilweise unrealistische Verdienstmöglichkeiten an, gestützt auf statistische Löhne für gesunde Arbeitnehmende. Das hat zur Folge, dass viele IV-Gesuchsteller keine oder eine zu tiefe Rente erhalten.

Vor zwei Wochen hat das BSV nun einen Lösungsvorschlag präsentiert, wie die Berechnung des

Rentenanspruchs verbessert werden kann. Allerdings geschah dies erst, nachdem das Parlament den Bundesrat Ende 2022 mit einem Vorstoss zum Handeln aufgefordert hatte. Dabei hätte Berset bereits früher korrigierend eingreifen können. Sogar die SVP forderte 2021 in der Vernehmlassung zur IV-Verordnung entsprechende Korrekturen, weil die Berechnung des Rentenanspruchs nicht auf die Leistungsfähigkeit gesundheitlich eingeschränkter Menschen Rücksicht nehme.

### Beschlüsse des Parlaments «übergangen»

«Auch wenn eine gerechtere Methode zur Berechnung des Rentenanspruchs zu 300 Millionen Franken Mehrkosten führt, muss man eine Korrektur vornehmen», sagt SVP-Ständerat Hannes Germann. «Die Versicherten haben ein Recht auf eine glaubwürdige IV.» Eine dezidierte Meinung hat Germann auch zur jüngsten Sparübung. Diese sei nicht nur «beschämend, sondern auch ein weiteres Beispiel dafür, wie salopp hier Beschlüsse des Parlaments übergangen werden». Denn bei der IV-Reform von 2022 widersetzte sich das Parlament der Absicht des BSV, für Kinder und Jugendliche mit Geburtsgebrechen eine Liste mit von der IV vergüteten Leistungen zu erstellen.

Germann sieht die Hauptverantwortung für solche Entscheidung bei Berset. «Er ist nun mal der politisch Verantwortliche für die IV. Und es ist schon etwas seltsam, wenn ich mich als SVPLer gegenüber einem SP-Bundesrat für eine sozialere Politik stark machen muss.» Mattea Meyer erinnert hingegen an den Kostendruck, unter dem die IV nach wie vor steht. Wenn nun auch bür-

gerliche Politiker eine sozialere IV-Politik verlangten, sei das erfreulich, aber gleichzeitig auch doppelzünftig.

Das Departement von Bundesrat Berset wollte sich auf Anfrage nicht zur Kritik am Sozialminister äussern.

Mitte-Nationalrat Christian Lohr verfolgt die Politik der IV seit Jahren. Der Ansatz, eine Liste mit kostenpflichtigen medizinischen Geräten zu führen, entstamme der Erwachsenenmedizin, sagt Lohr. Diese Methode einfach auf Kinder mit Geburtsgebrechen anzuwenden, sei eine «eklatante Fehlleistung». Dass die IV auf öffentlichen Druck nun die Kosten vorerst wieder übernehme, sei zwar zu begrüssen. Aber für Lohr hat das Handeln der IV System. «Es ist ein IV-System, hinter dem ich nicht stehen kann.» Auch er vermisst die politische Führung. «Ich erwarte nun von Bundesrat Berset, dass er der IV das nötige Interesse entgegenbringt.»

FDP-Ständerat Damian Müller konstatiert ein immer gleiches Muster. «Bundesrat Berset vernachlässigt die IV, und jedes Mal braucht es die mediale Berichterstattung, damit Fehlentscheidungen korrigiert werden.» Ein solches Muster zeigte sich auch 2019. Diese Zeitung machte im Dezember 2019 publik, dass das BSV den kantonalen IV-Stellen Sparvorgaben machte. Auf einer Tabelle gab das BSV für jeden Kanton ein Leistungsziel im folgenden Jahr vor. Dies hätte dazu führen können, dass einzelne IV-Stellen bei der Rentengewährung zurückhaltender als andere gewesen wären, um das Leistungsziel zu erreichen. Nachdem das interne Papier an die Medien gelangt war, ordnete Berset eine Untersuchung gegen das BSV an.

## Löschoperation beim Geheimdienst

**NDB** Die Profile der Topleute sind plötzlich weg – zu einem delikaten Zeitpunkt.

Am Mittwoch kurz nach Mittag ist der Schweizer Geheimdienst abgetaucht. Natürlich nicht alle 178 Mitarbeiterinnen und 254 Mitarbeiter gleichzeitig.

Aber der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) liess die Angaben fast aller seiner Kaderleute aus dem elektronischen Staatskalender löschen. Von einer Sekunde auf die andere waren im öffentlichen Verzeichnis nur noch Direktor Christian Dussey und sein Stellvertreter Jürg Bühler zu finden. Zuvor konnte, wer wollte, dort nachschauen, wer gerade den Rechtsdienst beim NDB leitete und wer die Informationsbeschaffung. Rund 30 Personen waren mit Funktion, Telefonnummer und E-Mail verzeichnet.

Eine Verordnung schreibt das so vor bei den «wichtigsten Funktionen in der Bundesverwaltung». Dieser Vorschrift kommt der NDB zurzeit nur noch bei zwei Personen nach.

Die Löschoperation kommt zu einem besonderen Zeitpunkt. Zurzeit müssen die Chefsplione und -agentinnen um ihre Stelle zittern. Die Direktionsposten werden neu besetzt, und ausser Direktor Dussey hat niemand eine Jobgarantie. Das machte CH Media Anfang Woche publik. Weitere Medienberichte folgten. Dann kam es zur Löschoperation.

### In sozialen Medien präsent

Eine NDB-Sprecherin schreibt auf Anfrage, dass die Streichungen «in keinem Zusammenhang mit der Transformation» stünden. Vielmehr sei man «im Moment daran, die Einträge im Staatskalender zu überarbeiten». Weiter heisst es: «Mit den 30 Namen wurden irrtümlich zu viele Kader des NDB öffentlich gemacht, die für die Öffentlichkeit nicht erreichbar sein müssen.» Bis geklärt sei, welche Funktionen und Personen genannt sein müssten, habe man sich als Sofortmassnahme auf zwei Personen beschränkt.

Der Dienst macht auch geltend, dass sein Organigramm nicht öffentlich sei. Allerdings lässt sich dieses aus dem Staatskalender problemlos rekonstruieren – bislang mitsamt den Namen der Funktionsträger. Diese Namen dürften vor allem andere Geheimdienste interessiert haben. Zum Teil verfügen die 30 nun gelöschten Kaderleute weiterhin über Profile in sozialen Medien, in denen sie zum Teil auch ihre berufliche Funktion angeben.

Vor gut zehn Jahren herrschte eine andere Kultur. Beim Topkader war, wenn auch mit Einschränkungen, Transparenz angesagt. So präsentierte sich bei

der NDB-Gründung 2010 die Direktion mit Gruppenfoto der Öffentlichkeit. Die Aufnahme kursiert weiterhin im Netz. Bekannt ist, dass es seither wenig Wechsel gab. Und dass vor rund zwei Jahren die erste und bislang einzige Frau ins oberste NDB-Gremium aufgenommen wurde.

Nun wollen Direktor Dussey – er ist seit rund einem Jahr im Amt – und seine Vorgesetzte, Bundesrätin Viola Amherd, frischen Wind reinbringen. «Auch wenn sich der NDB seit seiner Gründung 2010 ständig weiterentwickelt hat», schreibt eine Sprecherin, «muss seine Struktur an die steigenden Anforderungen angepasst werden.» Als Anforderungen werden unter anderem genannt: ein breiteres Spektrum an Bedrohungen und Risiken, Aus-

## Ausser Direktor Christian Dussey hat niemand eine Jobgarantie.

wirkungen des rasanten technologischen Fortschritts und Erwartungen der neuen Mitarbeitengeneration.

Diese Erwartungen zeigten sich insbesondere in einer Personallumfrage vor zwei Jahren, die gemäss Verteidigungsministerin Amherd «katastrophale Ergebnisse» erbracht hatte. Besonders schlecht weg kam die oberste NDB-Leitung.

Die Direktion wird nun neu aufgestellt und um einen Posten reduziert. Sicher ist nur, dass die bisherigen nach Möglichkeit beim Bund bleiben sollen.

Bundesrätin Amherd ist bekannt dafür, dass sie Frauenförderung verlangt. Bei der Auswahl des künftigen NDB-Kaders nimmt sie insofern Einfluss, als enge Vertraute der Findungskommission angehören: Aus dem Verteidigungsdepartement sind das mit Pälvi Pulli die Chefin Sicherheitspolitik, mit Marc Siegenthaler der Personalchef und mit Michel Liechti der nachrichtendienstliche Berater der Bundesrätin. Hinzu kommt vom Bundesamt für Polizei Vizedirektorin Eva Wildi-Cortés.

Die Spitzenposten des NDB besetzt danach Direktor Dussey selber. Seine Stellvertretung muss aber von Viola Amherd genehmigt werden.

**Thomas Knellwolf**  
und **Beni Gafner**



Viola Amherd will die NDB-Spitze neu aufstellen. Foto: Keystone